Mitten in die Debatte fällt zur Vermehrung des Unheils ein Antrag der Unabhängigen, in einer Erklärung festzustellen, daß die Beantwortung der Interpellation der Auffassung des Reichstags nicht entspricht.

Das tut sie auch wahrhaftig nicht! Was sind aber die Konsequenzen dieses Antrags? Sind er angenommen, dann müssen Michaelis und die Seinen ihre Koffer packen oder der Reichstag muß sie dazu zwingen. Tut er es nicht, so ist er blamiert über die Ohren blamiert. Ein verdammt schwieriger Fall, eine verfahrene ernste Situation! Herr Michaelis hatte aber nicht vorausgesehen, daß es eine große politische Debatte geben würde. Herr Michaelis ist nicht da!

Das Berliner Tageblatt schreibt:

Nein, diese Regierung existiert nicht. Sie existiert weniger als je zuvor. Herr v. Bethmann-Hollweg versuchte noch, mit unzureichender Kraft sich durchzusetzen, Herr Dr. Michaelis macht anscheinend nicht einmal den Versuch. Daß er es gestern vorzog, einer Debatte, deren Bedeutung unverkennbar war, fernzubleiben, scheint zu beweisen, daß seine Versicherung, er werde „führen", einer Selbsttäuschung entsprang. Daß er die Antwort Herrn Helfferichs anvertraute, beweist, daß er von der Stimmung des Reichstags und von den Eigenschaften seines Vizekanzlers eine nicht ganz zutreffende Anschauung hat.

In der Vossischen Zeitung schreibt Richard May:

Eine Entscheidung läßt sich nicht mehr umgehen, und die Fraktionen der Reichstagsmehrheit müssen sie von sich aus herbeiführen. Unmöglich können die Mehrheitsparteien dem Vizekanzler ein Vertrauen aussprechen, das er in ihren Reihen nicht genießt. Auch wenn die dritte Lesung über das neugeschaffene Amt des Vizekanzlers zur Erledigung steht, erhebt sich noch einmal die gleiche Frage. Wir können dem Reichstag nicht zumuten, wieder ein Schauspiel der Ohnmacht zu geben. Vieles, was gestern gesagt worden ist, hätte unterbleiben können, vieles war ungeschickt und nicht der Ausfluß guten Willens. Aber das Verhalten Dr. Helfferichs hat jeden Weg versperrt. Das erstemal ist es nicht. Wir hoffen das letzte.

Die Germania führt aus:

So ist die heutige Interpellationsdebatte ungewollt Anlaß zur Schaffung neuer Mißstimmung geworden. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, sie wieder zu dämmen. Der Reichstag selbst hat dazu die Hand geboten, indem er die Besprechung der sozialdemokratischen Anfrage noch nicht zu Ende führte, sondern ihre Fortsetzung auf den nächsten Montag vertagte. Es erscheint und wünschenswert, daß der Kanzler selbst nun die Sache der Regierung doch noch in die Hand nimmt und die Atmosphäre der Beruhigung schafft, die uns so notwendig ist. Wir können es uns wahrlich nicht leisten, aus Dingen sekundärer Bedeutung noch Mißhelligkeiten aufwachsen zu lassen, wo wir eine klare, gemeinsame Aktionsbasis so dringend brauchen.

In der Morgenpost heißt es:

Niemals hat es sich deutlicher gezeigt als gestern, daß der Reichstag sich fürderhin nicht mehr zufrieden geben darf mit der Stellung, die er bisher gehabt hat. Erkämpft er sich jetzt nicht die Stellung, die ihm gebührt, so wird er sie nie erreichen, und die Feinde, die es so darstellen, als ob der Deutsche Reichstag gegenüber der absolutistischen Regierung nichts zu bedeuten habe, werden recht behalten.

In der Berliner Allg. Ztg. wird dem Kanzler zugerufen:

Herr Dr. Michaelis, Sie müssen jetzt begreifen. Die Zeit der Unklarheiten, des künstlichen Lavierens, des vagen „wie ich es verstehe", der lahmen Kompromisse muß endgültig vorüber sein. Mundspitzen hilft nicht mehr, es muß gepfiffen werden!

Das Gefühl des Unbehagens spricht aus den Ausführungen des annexionistischen Berliner Lokalanzeigers:

Irgendein Wort zur Verteidigung der Vaterlandspartei ist gegenüber den heftigen Angriffen, die gegen sie gerichtet wurden vom Regierungstisch nicht gesprochen worden. Und so ist es gekommen, daß auch die gestrige Debatte die große Frage nicht geklärt hat: „Wie steht die Regierung zu dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli?"

In jedem Falle muß Herr Dr. Michaelis endlich das von ihm in seiner ersten Rede gesprochene Wort, daß er die Führung in der in der Hand behalten wolle, wahr machen.

Die Tägliche Rundschau vermißt die klare Stellungnahme der Regierung und sagt:

Wir möchten die vielfach geäußerte Annahme, daß wir nun vor einer Kanzlerkrise ständen, für eine irrige Einschätzung der Lage halten. Wohl jedoch halten wir eine Helfferich-Krise für durchaus möglich.

Die freikonservative Post stellt sich auf den Boden der Vaterlandspartei und schreibt:

Was uns der Reichstag gestern bot, war das beschämende Gegenbild der militärischen Kraft des Reiches; der Parteigeist ging breit, schwatzhaft und aufdringlich um, wo Ernst und Sachlichkeit allein das Wort führen sollte, war eitel Schaumschlägerei und Verhetzungssucht am Werke.

Die Deutsche Tagesztg. geht auf den Konflikt nicht ein:

Die Zwischenfälle während der Rede Steins und Helfferichs ließen erkennen, daß die Antworten auf die Interpellation nicht in diesem Sinne ausgefallen waren.

Die nationalliberale Börsenzeitung schreibt:

Was aber an der Sonnabendsitzung vor allem bedauerlich ist, das ist die bereits angedeutete Art, wie die Vertreter der Regierung mit den Vertretern des Volkes umgingen.

Das russische Vorparlament.

Petersburg, 6. Oktober. (Petersb. Telegr.-Agentur.) Die demokratische Konferenz hat mit 531 gegen 211 Stimmen beschlossen, 300 Mitglieder zum Vorparlament zu wählen.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) Das im Tauridenpalais gestern zusammengetretene Vorparlament wählte Tscheidse zum Vorsitzenden. Das Bureau des Parlaments besteht aus zehn Mitgliedern, unter denen sich die früheren Minister Awksentiew und Tschernow sowie die Maximalisten Trotzki und Kamenew befinden. Der Vorsitzende schlug vor, den Bericht der Abordnung des Vorparlaments über die Verhandlungen mit der Regierung wegen der Neubildung der Regierungsgewalt zu erörtern. Ein Vorschlag Zereteltis, in geheimer Sitzung zu beraten, wurde mit 105 gegen 70 Stimmen angenommen. Zereteli legte in der geheimen Sitzung den Gang der Verhandlungen der Abgeordneten der demokratischen Konferenz der Vertreter der Moskauer Industriellen und der Kadettenpartei mit den Regierungsmitgliedern dar und teilte mit, daß die Verhandlungen zu einer prinzipiellen Verständigung über alle Fragen geführt hätten, mit Ausnahme der Frage der Verantwortlichkeit des Kabinetts dem Vorparlament gegenüber, die eine lange lebhafte Erörterung hervorgerufen habe. Man habe sich auf eine Entschließung geeinigt, in der es heißt, das Vorparlament sei offiziell von der Regierung zusammenberufen und habe das Recht, die Regierung zu interpellieren, die Antwort erteilen müsse. Die Regierung sei formell und juristisch dem Vorparlament nicht verantwortlich. Aber kein Kabinett könne ohne das Vertrauen des Vorparlaments bestehen.

Revision der Bundesverträge.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) In der Geheimsitzung des Vorparlaments teilte Jereteli mit, daß von der Regierung die Bewilligung der Forderung der demokratischen Abgeordneten bezüglich energischer Schritte zur Einberufung einer Konferenz der Alliierten zur Revision der Verträge unter Teilnahme von Abgeordneten der Demokratie zugesagt worden sei.

•

Streik der Eisenbahner.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) Am Nachmittag des 6. Oktober gab der Hauptausschuß der ausständigen Eisenbahner ein Rundtelegramm aus, durch das befohlen wird, auf allen Strecken am 7. Oktober Mitternacht den allgemeinen Ausstand beginnen zu lassen. Jeglicher Personen- und Güterverkehr, außer den Militär- und Proviantzügen, solle eingestellt werden.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) Das Streikkomitee der Eisenbahner erklärte, wie die Blätter melden, daß der Ausstand nach und nach durchgeführt werden soll. Wenn die Regierung nicht nachgebe, würde der Lebensmittelverkehr eingestellt werden und später die Verproviantierung der Fronten.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) Die Angestellten der wichtigen Wladikawkas-Bahn und anderer Bahnlinien faßten eine Entschließung gegen den Ausstand, welche hoffen läßt, daß es den Anstrengungen der Regierung und des Arbeiter- und Soldatenrates gelingen wird, die neue Bewegung zu beschwören.

•

Erzwungene Wiedereröffnung des finnischen Landtags.

Stockholm, 7. Oktober. Die Behauptung Petersburger Telegramme, insbesondere der Petersburger Telegraphen-Agentur, daß die russische Regierung keinen Versuch gemacht habe, den letzten Zusammentritt des finnländischen Landtags zu verhindern, entspricht nicht der Wahrheit. Nachdem nämlich der Soldatenrat in Helsingfors unter Einfluß der Maximalisten jedes Vorgehen gegen den Landtag für einen gegenrevolutionären Versuch erklärt und den in Finnland stehenden Truppen jedes Einschreiten verboten hatte, sandte die Regierung im letzten Augenblick das sogenannte Todesbataillon. Dieses wurde aber von den Eisenbahnangestellten durch falsche Dirigierung des Zuges statt nach Helsingfors nach Tammerfors transportiert und kam daher zu spät, um die Eröffnung des Landtags zu hintertreiben.

Finnland zur Republik erklärt.

Helsingfors, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Folgende Gesetzentwürfe sind veröffentlicht worden: 1. Ein Entwurf, der Finnland zur Republik erklärt. 2. Ein Entwurf, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland regelt. Beide werden einer Prüfung durch den Landtag unterzogen werden. Der zweite Entwurf wird überdies der Genehmigung der verfassunggebenden Versammlung Rußlands unterworfen werden. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Der Präsident tritt sein Amt am 28. April an. Die allgemeine Dienstpflicht wird im ganzen Lande eingeführt. Finnland bleibt mit Rußland vereinigt, hat aber eigene Verfassung, eigene Regierung und unabhängige gesetzgebende und vollziehende Gewalten.

Ergebnis der finnischen Wahlen.

Helsingfors, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Ergebnis der Landtagswahlen am Ende des dritten Wahltages ist: Sozialdemokraten 45,7 Prozent, bürgerliche Parteien 54,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Compere Morels Parteitagshetzrede.

Bordeaux, 7. Oktober. (Havasmeldung.) Auf dem Sozialistenkongreß, bei dem Renaudel den Vorsitz führte, behandelte Compere Morel die Frage der Teilnahme an der Konferenz in Stockholm. Die Einberufung der Internationale würde ein anderes Ergebnis haben, als die Verschiedenheit der Ansichten zu bekräftigen, die die französischen Sozialisten, wie die aller anderen Länder trennen. Compere Morel erinnert die sozialistische Partei daran, wie einmütig sie sich am 4. August 1914 für den Krieg ausgesprochen habe, weil Frankreich das Opfer eines unbestreitbaren Angriffes war. Deshalb, rief er unter dem lebhaften Beifall der Anhänger der Mehrheit, wird es notwendig sein, sich entschieden für einen Siegesfrieden, dessen Anhänger ich bin, auszusprechen, oder für einen Verständigungsfrieden, der Frankreich verkleinern würde. Den Krieg führen heißt, das Recht des Volkes auf Freiheit in jeder Gestalt wahren. Denn ein tatsächlicher oder verhüllter Sieg Deutschlands bedeutet die wirtschaftliche und politische Knechtschaft Frankreichs. Ein neues Wettrüsten würde unabweislich zu einem neuen Zusammenstoß führen. Der Redner faßte seine Ausführungen wie folgt zusammen: Wenn Frankreich besiegt wird, so bedeutet dies das Verschwinden der Demokratie aus der Welt. Auch darf die Einigkeit aller Franzosen nicht zerrissen werden. Unsere Partei muß jede Regierung der nationalen Verteidigung unterstützen, unter der einzigen Bedingung, daß die Kriegsziele demokratisch sind, wie dies übrigens bei den Kriegszielen in Frankreich der Fall ist. Dies ist die unabänderliche Politik für unsere Partei, die keine Alternative zulassen darf. Compere Morel brachte zum Schluß seiner Ausführungen eine Entschließung ein, die erklärt, daß die Partei den unbedingten Frieden ablehnt und nur einen Frieden der Wiederherstellung annimmt, einen siegreichen Frieden, der nur durch die hohe Einigkeit der Franzosen verwirklicht werden kann. Die Partei wird jeder Regierung ihre Unterstützung leihen, die fest entschlossen ist, eine ebenso kühne wie rücksichtslose demokratische Kriegspolitik zu führen.

Rappoport entwickelte in längeren Ausführungen die Minerbaler Theorien und erklärte, daß er die Annahme der Kriegskredite und die Teilnahme an einer Regierung der nationalen Verteidigung unbedingt verwerfe. Der Kongreß beschäftigte sich sodann mit der Prüfung der Mandate. 82 Departementsverbände sind vertreten, und zwar mit 2167 Mandaten. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Man merkt diesem Bericht die offiziöse Hanasquelle an. Compere Morels Kriegshetzerrede wird mit ihren chauvinistischen Stellen wiedergegeben, während der Redner der Minderheit mit zwei Zeilen abgetan und verschwiegen wird, daß die Verweigerung der Kriegskredite und die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen forderte.

•

Bordeaux, 7. Oktober. (Agence Havas.) In der Sonntagsitzung des Sozialistenkongresses sagte Renaudel, Mitglied der Mehrheit, die einzige Frage sei die nach dem Wert des Friedens und nicht nach dem Zeitpunkt des Friedens. Er habe für die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz gestimmt, aber er werde nicht nach Stockholm gehen, um dort irgendwelchen Frieden herzustellen, denn der Sozialismus dürfe seine Unterschrift nicht unter ein vorläufiges Abkommen setzen und müsse die Sprache des Freimuts und der Klarheit sprechen. Mistral, Mitglied der Minderheit, sagte, er wolle weder für einen Frieden des Besiegten, noch für einen Frieden des Siegers stimmen, denn der Sieger werde ohne Mitleid sein. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten gebe es einen Sieg des Rechts, den einzigen, den er wolle. Die Mitarbeit der Partei in der Regierung mache Mistral von der Bewilligung der Pässe für Stockholm abhängig. Er wurde darin von Bedouce unterstützt. Compere Morel beharrte auf diesem Standpunkt und sagte, er würde jede Regierung der nationalen Verteidigung unterstützen und nur fordern, daß sie den Krieg eifrig betreibe und dann den Frieden beschleunige. Renaudel erklärte, mit Mistral gegen Grimm, den Organisator von Zimmerwald, einer Meinung zu sein.

Der U-Bootskrieg.

Berlin, 6. Oktober. Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 17000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich bewaffnete englische Dampfer Santaren mit 4600 Tonnen Gaskoks für Archangel und der englische Dampfer Magareth. Von dem bewaffneten englischen Dampfer Santaren wurde der Kapitän und der erste Offizier gefangen genommen.

Berlin, 7. Oktober. (Amtlich.) In der Nordsee wurden durch unsere U-Boote neuerdings 5 Dampfer versenkt; 3 von ihnen wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, von den beiden anderen Dampfern war einer bewaffnet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Das Schicksal des Hilfskreuzers Seeadler.

Washington, 5. Oktober. (Reutermeldung.) Nach einem Telegramm aus Tutuila (Samoa-Inseln) an das Marinedepartement ist dort ein offenes Boot mit dem Kapitän des amerikanischen Schoners C. Slade angekommen. Dieser teilte mit, daß der deutsche Hilfskreuzer Seeadler am 2. August bei Mopeli (Lord-Howe-Insel) gestrandet und von der Bemannung verlassen war. Einige Zeit hierauf erbeutete die Bemannung eine Motorschaluppe und den französischen Schoner Lutèce, die sie bewaffneten und mit denen sie am 21. August bzw. 8. September in See stach. Bevor der Seeadler strandete, hatte er die amerikanischen Schoner C. Slade, A. P. Johnson und Manila in den Grund gebohrt.

Im englischen Unterhaus wurde vor kurzem gemeldet, daß das Schicksal der auf den Weltmeeren tätigen deutschen Hilfskreuzer nicht unbekannt; es schien, daß verschleiert der Untergang der tapferen deutschen Schiffe angedeutet werden sollte. In der Tat ist der Seeadler — einst eine amerikanische Bark, die nach Kurhaven aufgebracht war — aus der Reihe der kämpfenden Schiffe ausgeschieden, aber offenbar nicht als ein Opfer feindlicher Unternehmungen. Die Mannschaft hat das Schiff freiwillig aufgegeben und setzt mit einem anderen Fahrzeug, das dem Feinde abgenommen und für seine neue besondere Aufgabe hergerichtet wurde, Fahrt und Arbeit fort. Die Lord-Howe-Insel liegt in der Südsee, östlich von Neu-Guinea, und gehört zur Gruppe der Salomons-Inseln. Die erste Kunde von dem Seeadler kam im März dieses Jahres, als eine französische Bark die Mannschaft von elf versenkten Schiffen in Rio de Janeiro landete.

Der Haushaltsausschuß für Einschränkung der Zensur.

Der Hauptausschuß befaßte sich am Sonnabend mit der Zensur. Dazu lagen folgende Anträge vor: Erzberger, Patzer, Stresemann: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Innehaltung der folgenden Grundsätze über die Handhabung der Zensur während des Krieges herbeizuführen:

Die den Militärbehörden auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf die Interessen der Kriegführung.

Im übrigen unterliegt die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik nicht der Zensur.

Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung der Kriegführung, nur durch die mit der vollziehenden Gewalt ausgestattete Militärbefehlshaber und in der Regel nur nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbots erfolgen.

Heine-Hoch beantragen, dem Antrag 566, den der Ausschuß bereits angenommen hat, hinzuzufügen:

Das Verbot darf sich bei einer täglich erscheinenden Zeitung nicht auf mehr als zwei Tage, bei einer in längeren Zeitabschnitten erscheinenden Druckschrift nicht auf mehr als zwei Nummern erstrecken. Dies gilt auch für bereits ergangene Verbote.

Der Antrag 566 lautet:

„Die den Militärbehörden auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen der Kriegführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden können.

Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbots erfolgen."

Abg. Erzberger beantragt, im Antrag Heine zu sagen: „zwei Erscheinungstage".

Der Antrag Erzberger und Genossen gilt als erledigt, der Antrag Heine wird mit der vom Abg. Erzberger beantragten Änderung einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Montag. (Besetzte Gebiete.)

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1916

Der ungeheure Bedarf an Menschen, den dieser Krieg erfordert, hat im Jahre 1916 einen weiteren Rückgang der Zahl der männlichen Mitglieder der Gewerkschaften herbeigeführt. Der Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen Berufskameraden ist zu einem kleinen Teil, ist vielfach nicht sofort für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Der tiefste Stand der Bewegung ist

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171008/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG